

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 21

Artikel: 20 Jahre Rotchina : Bild der Schwäche
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095587>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

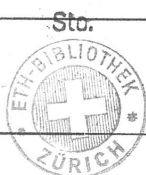
Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



10. Jahrgang Nr. 21
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 8. Oktober 1969

Christian Brügger

20 Jahre Rotchina – Bild der Schwäche

China ist am 1. Oktober als Volksrepublik 20 Jahre alt geworden. Das Fazit dieser gesamten Periode wird als weltgeschichtlicher Vorgang erst im Laufe von Generationen gezogen werden können. Vielleicht eine neue Weltreligion, vielleicht eine Neuaufteilung des Globus, vielleicht jenes, von dem unsere Urenkel ihren Kindern sagen werden: «Seht, dort hat es damals so angefangen.» Vielleicht aber auch nichts von alledem, sondern lediglich eine Zäsur, ja möglicherweise lediglich eine Episode, vergleichbar in einem andern kontinentalen Zusammenhang dem kurzlebigen Vorrang Schwedens im Europa des Dreissigjährigen Krieges. Das alles steht noch aus. Aber heute, in diesem Herbst 1969, drängt sich das Fazit der Stunde auf. Es heisst Misserfolg.

Das Bild, das China heute bietet, ist nicht nur das Bild einer Krise, die auch als Wachstums-symptom gedeutet werden könnte, sondern das Bild einer akuten Schwäche. Sie war intern und extern seit Bestehen der Volksrepublik noch nie so gross wie heute.

- Die meisten Provinzen werden von führungs- und richtungslosen Unruhen heimgesucht. Wie es mit der Autorität bestellt ist, zeigen am besten die immer wieder vorkommenden Aufrufe über Radio und Presse, die Bevölkerung möge doch die Plünderung von Militärtransporten und die anschließenden Kämpfe mit den erbeuteten Waffen einstellen.

- Nach der Kulturrevolution von 1966/67 ist die Entwicklung ebenso zurückgefallen wie nach dem Grossen Sprung von 1958/59. Aber wenn sich dieser vor allem «nur» wirtschaftlich übernommen hatte, so hat die Kulturrevolution als ideologische, politische und gesellschaftliche Bewegung alle diese Gebiete in ihr Versagen mit eingeschlossen.

- Die nationale Einheit ist gefährdet. Wie schon oft in seiner Geschichte droht das Reich in einzelne Bestandteile nur noch lose zusammenhängender Provinzen zu zerfallen.

- Mao ist so alt, dass er eine permanente Nachfolgekrise auch mit der Ernennung Lin Piaos zum Thronfolger nicht verhindern konnte. Dieser Zustand ist schlimmer, als es sein Ableben gewesen wäre, denn jede Entscheidung hat nur provisorischen Charakter, und die Machtverhältnisse bleiben in der Schwebe.

- Aussenpolitisch ist China seit 1965 Stufe um Stufe zurückgefallen: als afro-asiatische Stimme, als kontinentale Macht, als kommunistischer Staat in Konkurrenz zur Sowjetunion. Es hat seinen bestimmenden Einfluss auf Nordkorea ganz und auf Nordvietnam weitgehend verloren.

In allen Entwicklungskontinenten vermochte die Sowjetunion ihren Einfluss auf die revolutionären Bewegungen, die ihr während der Chruschtschewschina zu entgleiten droht hatten, über alle vorhergehenden Ausmasse hinaus zu festigen: auf Kosten des «eigenen Weges» jener Gebiete selber, auf Kosten des Westens und eben auch auf Kosten Chinas.

- In seiner direkten Konfrontation mit der UdSSR ist China von seiner früheren Offensive weg in die Defensive gedrängt worden. Die sowjetische Umzingelung macht sich anheischig, zum aggressiven Nachfolger der bloss abwehrenden amerikanischen Containment-Politik zu werden. Das Aufwerfen der sino-sowjetischen Grenzfrage durch China ist zum Bumerang geworden. Heute sind die äusseren Provinzen Chinas im Norden bedroht, insbesondere Sinkiang. Moskau erstrebt hier die Bildung von Pufferstaaten à la Mongolische Volksrepublik unter Protektion des Kremls. Die Ausführung des Vorhabens hängt wahrscheinlich nur vom sowjetischen Belieben ab, das heisst von der Frage der politischen Opportunität. Militärisch hat China nicht die Macht, eine sowjetische «Befreiung» dieser Provinz mit ihren antichinesisch eingestellten Turkvölkern zu verhindern.

Viele Indizien — wenige Fakten

Zum hier gezeichneten Bild chinesischer Schwäche bedarf es einiger Hinweise.

Erstens handelt es sich sozusagen um eine Momentaufnahme. Sie kann grundsätzlich jederzeit durch Wandlungen, die von der Weltpolitik bis zur chinesischen Provinzpolitik reichen, ausser Kraft gesetzt werden. Diese können den jetzigen Erwartungen ebenso zuwiderlaufen, wie in den letzten fünf Jahren die Wandlungen Chinas vom vorwärtsstürmenden jungen Giganten zum Ko-

IN DIESER NUMMER

Die alleinstehende Mutter — Kuli der sozialistischen Gesellschaft	4
Von Ervin György	
Zusammenhänge	6
Die sowjetische Geschichte des WGB	8
Von Laszlo Revesz	

Bibliothek der
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

800

loss auf tönernen Füßen den seinerzeitigen Prognosen widerspricht.

Sodann ergibt sich das Bild wohl aus einer Summierung von Indizien, aber nicht aus der Kenntnis aller relevanten Fakten. Man kennt sie nie alle in einer Diktatur, nie alle in einem Durcheinander, nie alle in einem Riesenreich. Und wenn alles in einem Lande zusammentrifft, das erst noch wie China seine Tradition an Verslossenheit hat, fehlen die Fakten erst recht. Ob zum Beispiel Mao Tse-tung seit längerer Zeit handlungsunfähig ist oder für die jetzige Politik voll verantwortlich, ist mit Sicherheit nicht auszumachen, wiewohl es von Belang wäre. Ob Tschu En-lai seine Unterredung mit Kossigyn als Ver-

(Fortsetzung auf Seite 2)

DER KLARE BLICK

Aus Nummer 29 vom 24. Juli 1963:

«Ideologisch» werden die Gegensätze genannt, die zwischen der Sowjetunion und China, oder genauer zwischen der KPdSU und der KPCh zur Debatte stehen. Wie steht es damit? Eine Prüfung der Stellungnahmen beider Parteien ergibt auf ideologischem Gebiet überraschend kleine Differenzen, die beidseitig beim Partner noch entestellt werden müssen, damit ein «wesentlicher Unterschied» überhaupt glaubhaft wird. Beide Grossmächte dulden tatsächlich bei ihrer Gefolgschaft grössere und tiefere Abweichungen (als jene, die sie einander vorwerfen). So ist die Ideologie vor allem die Ebene, auf welcher nach stillschweigender Uebereinkunft die Auseinandersetzung diskutiert wird, bei der es sich in Wirklichkeit um einen Machtkampf zwischen der Sowjetunion und China handelt. Jede Partei muss ihre Ansprüche mit der Richtigkeit der Lehre begründen; so wollen es die Spielregeln des Totalitarismus. Es ist ein Merkmal der kommunistischen Welt: wenn die Ideologie zur Debatte steht, wird um Macht gehandelt.

treter einer Appeasement-Fraktion geführt hat oder als Vollstrecker einer taktischen Pflichtübung des Regimes, das bleibt der Spekulation überlassen. Oder: Man weiss Fälle von einzelnen Armee-Einheiten, die völlig desorientiert sind und sich deshalb entweder in fahrlässige Kämpfe verwickeln lassen oder im Gegenteil völlig passiv einer Bürgerkriegssituation zuschauen, weil ihnen unerfindlich bleibt, auf welche Seite die Pflicht sie ruft. Aber was bedeuten solche Feststellungen, wenn es um die lebenswichtige Frage geht, wie sich die Armee gesamthaft oder mehrheitlich im Falle einer ausländischen Aggression verhalten würde? Brauchbare offizielle Angaben und Statistiken über die Wirtschaft gibt es seit 1959 nicht. Man weiss zwar (etwa via Aussenhandel), dass sie durch die Kulturrevolution Schaden genommen hat, aber man weiss nicht wie viel. Und so weiter.

Indessen ist alles, was man über China nicht weiss, kein Grund, alles, was man über China in Erfahrung bringen kann, nicht auszusprechen. Das Bild der Schwäche allerdings, das uns China heute bietet, widerspricht weitgehend dem Image, das China in der Welt hat. Aber viele Elemente davon sind revisionsbedürftig, oder revisionsbedürftig geworden.

Bevölkerungspotential — ein zweiseitiger Machtfaktor

Von der chinesischen bis zur antichinesischen Propaganda ist sozusagen überall und immer die Einwohnerzahl von geschätzten 700 Millionen samt entsprechendem Bevölkerungszuwachs als Pluspunkt gesehen worden, soweit es um die Frage der Macht ging. Die einen erblickten darin die Gefahr und operierten mit Begriffen wie «Lebensraum» und «unausweichliche Ueberschwemmung» durch die Chinesen. Die andern erblickten darin die grosse Hoffnung und operierten mit Begriffen wie «Erwachen der Weltbevölkerungsmehrheit, die von der Minderheit unterdrückt und ausgebeutet wird». So oder so hat man aber eigentlich die demographische Gegebenheit an sich schon als Machtzuwachs eingestuft, ob man diesen nun positiv oder negativ bewertet. Komischerweise ist sich etwa im Falle Indiens alle Welt wiederum darin einig, dass die genau gleiche Gegebenheit einer riesigen Bevölkerung samt entsprechender Vermehrung nicht als Machtfaktor, sondern als Ohnmachtsfaktor zu sehen ist.

Bitte, ich verschliesse mich der Einsicht keineswegs, dass die gleiche Erscheinung je nach Vor-

zeichen völlig unterschiedlich gedeutet werden kann und muss. Eine enorme Bevölkerung ist zusätzliche Macht für eine Führung, die ihre Untertanen nach Belieben kontrollieren und für ihre Ziele einsetzen kann, gleichzeitig aber zusätzliche Ohnmacht für eine Führung, die das nicht kann. Gerade diesen Unterschied gilt es nun nicht nur im Nebeneinander von Staaten (China und Indien) zu berücksichtigen, sondern auch im Nebeneinander des einen und desselben Staates (China). Wenn nun in China eine überalterte und ziemlich sicher in Rivalitäten und Richtungskämpfe verstrickte Führung geschwächt ist, wenn dort die Strukturen des Machtapparates nicht nur durch die Kulturrevolution, sondern auch (was man nicht übersehen soll) durch den widersprüchlichen Prozess ihrer «Ueberwindung» angeschlagen sind, dann spielen auch die Bevölkerungsmassen eine andere Rolle als zuvor. Wie sie einst die Stärke des Regimes potenziert haben, so potenziieren sie jetzt seine Schwäche.

Selbstverständlich kann das wieder anders werden (wie es denn überhaupt nichts gibt, das nicht anders werden kann), und ich habe keineswegs im Sinne, aus dem momentanen Zustand und der momentanen Entwicklung einen zwingenden Ablauf der Dinge in der aufgezeigten Richtung zu postulieren. Im Gegenteil, ich wende mich gegen jede Betrachtungsweise, die aus dem blossen Faktor der Bevölkerungsvermehrung einen zwingenden politischen Ablauf machen will. Etwa so: «Noch» vermögen die Sowjets dank ihrer überlegenen Technik (oder Armee, Wirtschaft usw.) dem chinesischen Bevölkerungsdruck standzuhalten, aber bald wird dieser sie vor viel grössere Probleme stellen als heute. Hier wird eine Fatalität impliziert, die in keiner Weise gerechtfertigt ist. Die Möglichkeit besteht, ja, aber ebenso die genau umgekehrt liegende Möglichkeit. Dass China nämlich in einigen Jahren als Nation unter der Last seiner Bevölkerung sozusagen zusammengebrochen sein wird und für die Sowjetunion noch viel weniger eine Bedrohung darstellt als heute.

Es ist politisch keineswegs gleichgültig, wie man die Sache sieht. Gut wäre es, keine dieser im extremen Fall gegenteiligen Möglichkeiten (zu denen dazwischen- und abseitsliegende hinzukommen) aus den Augen zu verlieren und im praktischen Verhalten jene Entwicklung mit Vorrang zu berücksichtigen, die augenblicklich dominiert. Wie aber steht es in dieser Hinsicht heute mit dem westlichen Verhalten? Es geht von einem sowjetisch-chinesischen Gleichgewicht aus, das in



Die chinesischen Provokateure drangen gewaltsam ein und flüchteten. Ogonjok, 11/1969.

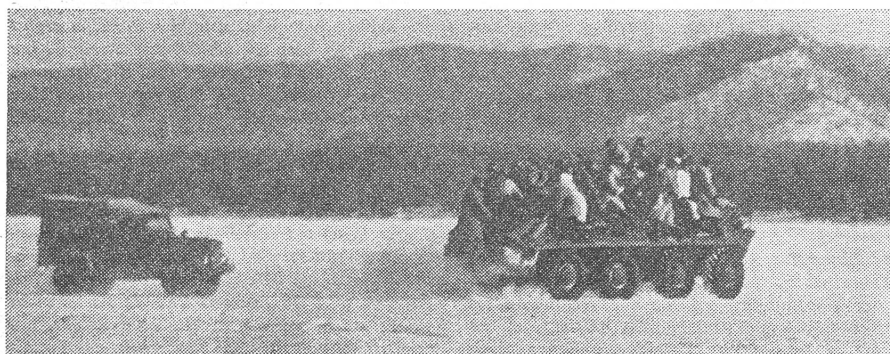
der Zukunft nur von der chinesischen Seite her bedroht werden könnte. Zur Wahrung dieses vermeintlich durch China bedrohten Gleichgewichts wird der Sowjetunion jegliche Schonung und jegliches Entgegenkommen zuteil. China erfährt keinen Bruchteil dieser Aufmerksamkeit, und es ist heute soweit, dass es westliche Staaten einzig und allein aus Rücksicht auf das Missfallen Moskaus unterlassen, Peking diplomatisch anzuerkennen. Dabei wäre das Missfallen Moskaus, wenn schon, der beste Grund, es zu tun. Natürlich hat die Anpassung an die sowjetischen Wünsche noch andere Gründe, unter andern jene Gründe, die in den dreissiger Jahren schon einmal zu einer Anpassungsmentalität gegenüber einer sich sozialistisch nennenden Grossmacht geführt haben, aber soweit das Motiv der chinesischen Gefahr in die Begründung hineinspielt, passt es schlecht in die Erfordernisse der gegenwärtigen Prioritäten. Momentan besteht kein sino-sowjetisches Gleichgewicht, sondern ein sowjetisches Uebergewicht. Dass die Zukunft sozusagen an sich und von selbst zu einer Umkehrung dieses Verhältnisses tendiert, ist eine vulgäre demoskopische Schlussfolgerung, die durch den gegenwärtigen Verlauf der Entwicklung, gelinde gesagt, nicht gerechtfertigt wird. Sofern der Westen am Gleichgewicht zwischen China und der Sowjetunion interessiert ist, und das ist er ganz vital, müsste er also seine Gewichte etwas weniger konsequent in die falsche Waagschale werfen.

Gegensatz «kriegslüsternes China — friedliebende Sowjetunion» überholt

Ein sehr wesentliches Element des chinesischen Image besteht in der spezifischen Bedrohlichkeit und dem spezifischen Militantismus im Auftreten Pekings gegenüber der kapitalistischen Welt und dem «amerikanischen Imperialismus» insbesondere. Dieser Aspekt ist viel zu echt, um als Chimäre abgetan zu werden. Aber es gilt, ihn einzuordnen, und dann müssen wir einsehen, dass seine Bedeutung sich gewandelt hat.

Zuerst in Arbeitsteilung innerhalb des kommunistischen Lagers, dann im ungefähren Alleingang und schliesslich im offenen Streit mit der UdSSR war Peking selbst dafür besorgt, dass es zur weltweiten Unterscheidung zwischen dem kriegslüsternen China und der Sowjetunion kam.

Expansionistischer Wille und Aggression zeichneten die chinesische Aussenpolitik von Anfang an aus. Ein Jahr nach der kommunistischen Machtübernahme schritt China in Korea zum Krieg und verleibte Tibet in sein Reich (1950), wobei dieses Land 1959 nach einer Revolte zum blutigen Symbol totalitärer chinesischer Herrschaft in Aussen- und Nachbarländern wurde. China wurde zur Macht hinter allem, was in Asien geschah: Indochina- und Vietnamkrieg.



«Chinesische Wachen schlagen eine weitere verbrecherische Provokation der sowjetrevisionistischen Grenzschutztruppen zurück. Diese fliehen Hals über Kopf aus dem Gebiet der chinesischen Insel Dschenbao in Richtung des östlichen Wusuli-Ufers. Photo: Hsinhua-Korrespondent. China im Bild 5/1969.»



«Voll gerechter Empörung und flammendem Zorn rufen die breiten revolutionären Massen der Hauptstadt vor der sowjetrevisionistischen Botschaft entrüstet mit erhobener Faust: ‚Nieder mit den neuen Zaren!‘, ‚Nieder mit dem Sozialimperialismus der Sowjetrevisionisten!‘, ‚Wir schwören, das heilige Territorium unseres Vaterlandes mit dem Leben zu verteidigen!‘. Photo: Hsinhua. China im Bild 5/1969.»

der indonesische Kurs als direkte Komponente der Pekinger Aussenpolitik, Rebellenbewegungen in Malaysia und Thailand. Nach dem offenen Bruch mit der Sowjetunion ab 1963 erhielt die Aggressivität auch immer deutlicher ihre Einbettung in eine spezifisch chinesische Auffassung der Weltrevolution. Die Klassenkampfsituation Proletariat gegen ausbeutende Klasse wurde vor allem auf den Kampf der unentwickelten Völker gegen imperialistische Staaten umgedeutet, und China verstand sich als Vorkämpfer aller nationalen Befreiungsbewegungen. Diese spezielle chinesische Ausrichtung fasste 1965 Lin Piao in der These vom Kampf des Weltdorfes (Entwicklungsgebiete) gegen die Weltstadt (Industriationen) zusammen.

Das alles trug dazu bei, dass man sowohl die chinesische Ausprägung der kommunistischen Revolution als auch die chinesische Grossmacht-politik (seit 1964 hat China eigene Atombomben) für besonders brisant hielt und hält, und zwar im Gegensatz zur Politik der «sowjetischen Mässigung», die bis zur Mitte der sechziger Jahre der UdSSR sozusagen das Bild einer dritten Kraft zwischen Peking und Washington verlieh, eine Vorstellung, die noch keineswegs ausgespielt hat.

Seit 1965: Eine Kette sowjetischer Erfolge und eine Kette chinesischer Misserfolge

Indessen haben sich die Dinge seit Chruschtschews Weggang geändert, wobei zwei Haupt-trends einander ergänzen:

- Auf dem Höhepunkt der chinesischen Kriegserklärung an die industrialisierte Welt setzte 1965 eine Kette von Misserfolgen in der chinesischen Aussenpolitik ein. Gerade in dem Moment, als das «chinesische» Programm der Befreiungsbewegungen international Furor machte und gewissermassen Weltgeschichte wurde, erwies es sich für die Geschichte Chinas selbst als Bumerang.

China als Nation profitierte nicht länger mehr vom Vormarsch seiner revolutionären Heilsgedanken.

- Dagegen nahm die Sowjetunion den Konkurrenzkampf mit China ab 1965/66 in allen Entwicklungskontinenten mit Erfolg auf. Sie brachte es dank ihrer zielbewusst eingesetzten materiellen Macht, dank einer De-facto-Anpassung an die revolutionären Forderungen Chinas

unter ständiger Denunzierung der chinesischen Linksabweichung, dank auch ihrer Abstützung durch ein zivileres Vokabular Richtung Westen weitgehend zuwege, «revolutionäre» Regime und revolutionäre Bewegungen der Dritten Welt entweder unter ihre Kontrolle zu bringen oder aber zu neutralisieren.

Durch diesen doppelten Vorgang aber hat die alte Unterscheidung zwischen dem «aggressiven» China und der «vernünftig-versöhnlichen» Sowjetunion, obwohl sie als deklamatorische Uebung sowohl in Moskau als auch in Peking weitergepflegt wird, ihre Entsprechung in der politischen Realität weitgehend eingebüsst. Die Sowjetunion ist heute die expansivste Macht der Welt, und sie betreibt ihre Expansion durchaus auch dort, wo man sich angewöhnt hatte, nur die chinesische Gefahr zu sehen und allfälligen sowjetischen Aktionen eine nützliche Bremskraft zuzuschreiben.

Moskauer Doppelzüngigkeit leicht gemacht

Der Westen insbesondere sah beispielsweise in Asien seine Positionen so exklusiv von China bedroht, dass es ihm beinahe zur automatischen Reaktion wurde, seine sämtlichen Rückschläge auf das Konto Chinas zu buchen. Das ist falsch oder zumindestens falsch geworden.

Seit dem Fall Indonesiens (Herbst 1965) hat China in Asien keine Positionen von Belang gewonnen, aber dafür sehr erheblich an Positionen verloren, inklusive in seinen früheren Satellitenstaaten Korea und vor allem Vietnam. Chinas Mitwirkung an den sehr erheblichen westlichen Rückschlägen ist zwar unbestreitbar, aber der als

(Fortsetzung Seite 6)



Vor der chinesischen Botschaft in Moskau. Ogonjok, 11/1969.

Zusammenhänge

«Der Eintritt der verbündeten Truppen in die Tschechoslowakei in der Situation des Sommers 1968 war durch die Interessen der Verteidigung des Sozialismus in der CSSR gegen die Kräfte der Rechten, der Antisozialisten und Konterrevolutionäre motiviert, ebenso durch die Sicherheitsinteressen des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Bewegung. Es handelt sich auf keinen Fall um einen Akt der Aggression gegen das Volk, es handelt sich um keine Besetzung der CSSR und um keine Unterdrückung der Freiheit oder des sozialistischen Systems.»

Erinnern Sie sich, lieber Leser? Mit solchen und ähnlichen Worten hat die Sowjetunion nach dem 21. August 1968 argumentiert. Und man hat bei uns angesichts des Widerstandes fast aller Tschechen und Slowaken darüber gelacht. Und man behauptete, so plumpe Lügen hätten kurze Beine.

Glauben Sie es, lieber Leser? Die eingangs zitierten Worte sind der Resolution des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei vom 28. September 1969 entnommen. Etwas mehr als ein Jahr nach der Invasion, ein halbes Jahr nach der Absetzung Dubceks hat die Geschichtsklitterung wirksam eingesetzt, ist die Besetzung des Landes ein Akt der Freundschaft, sind die humanen Kommunisten verdammenswerte Kräfte der Rechten.

Mit einer subtilen Salamitaktik hat die Sowjetunion Schnitt um Schnitt die Reformpolitiker entmachtet. Was man vor Jahresfrist als sowjetische Schwäche auslegte, erwies sich als Stärke. Auf diese Weise wurde die Reaktion der Weltöffentlichkeit in engen Grenzen gehalten. Auf diese Weise wird verhindert, dass im Westen längst fällige Schlussfolgerungen gezogen werden.

«Hätte man denn im Sommer 1968 der Tschechoslowakei vom Westen aus Hilfe bringen können?» Das ist die immer wieder gestellte, von jedem sachlichen Beobachter immer wieder verneinte Frage. Aber die Frage ist falsch gestellt. Sie müsste lauten: «Unter welchen Voraussetzungen hätte man der Tschechoslowakei damals Hilfe leisten können?» Nur diese Frage bringt uns allenfalls weiter.

Vorab und zur Vermeidung von Missverständnissen: es konnte bei einer Hilfeleistung nicht um eine militärische Unterstützung gehen. Was dann? Um eine Antwort zu erarbeiten, muss man seine Vorstellungsgabe einsetzen. Denn nach dem Ereignis kann man nur darüber spekulieren, was geschehen wäre, wenn ...

Wenn Westeuropa im vergangenen Jahr zusammen mit Nordamerika eine Atlantische Union bereits vollzogen gehabt hätte;

wenn der wirtschaftliche Zusammenschluss der EWG und der EFTA bereits eine Tatsache gewesen wäre;

wenn im Rahmen solcher Koordination eine einheitliche westliche Politik im allgemeinen Interesse möglich gewesen wäre;

wenn die westlichen Länder nicht durch einen Nonkonformismus am falschen Ort erschüttert wären,

dann hätte die Sowjetunion eine völlig andere Aufwand- und Ertragsrechnung aufstellen und vermutlich auf die Invasion verzichten müssen. Beweise sind schwierig. Immerhin: es ist der damaligen westlichen Einheit und damit Stärke zuzuschreiben (Marshallplan, NATO), dass Tito 1948 sich straflos dem Diktat Stalins entziehen konnte. Und: es ist der damaligen westlichen Spaltung und damit Schwäche zuzuschreiben (Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Suezkrise), dass Imre Nagy 1956 sich nicht straflos dem Diktat Chruschtschews entziehen konnte.

Das bedeutet, dass man, um der Tschechoslowakei 1968 helfen zu können, spätestens 1963 hätte anfangen müssen, die westliche Position aufzubauen.

Das bedeutet aber auch, dass man — aus all diesen tragischen Vorkommnissen lernend — heute an die Arbeit gehen muss, um in fünf oder zehn Jahren Niederlagen der Freiheit wie 1953, 1956 und 1968 nicht ohnmächtig hinnehmen zu müssen, in Rumänien oder Bulgarien, vielleicht wieder in der DDR, kaum schon in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei.

Peter Sager

20 Jahre Rotchina — Bild der Schwäche

Fortsetzung von Seite 3)

ewiss veranschlagte chinesische Erbschaftsntritt bleibt noch immer aus.

n jede Lücke schiebt sich, immer stärker und mmer gesetzmässiger, die Sowjetunion. Und ihr ortiger Zweifrontenkrieg gegen den Westen und egen China belastet sie nicht einmal, denn sie larf in geradezu schamloser Weise von ihrer igenen Doppelzüngigkeit profitieren. Die anti-westlichen Vorzeichen der sowjetischen Politik assen die sowjetische Unterstützung (und Konrolle) der revolutionären Bewegungen zu, die ntchinesischen Vorzeichen bewirken, dass auch ie anvisierten und hübschenteils vom Westen usgehaltenen Regimes die Protektion des Kremls uchen. Ein geradezu klassisches Beispiel in dierer Hinsicht ist Indien, wo Regierung und Opposition, Vertreter des demokratischen Systems und ertreter der kommunistischen Ablösung, gleihermassen brav unter Obhut der Sowjetunion tehen, die ihre regimewahrende und regimewürzende Doppelrolle völlig unangefochten spielt. Die USA spielen ihrerseits die Doppelrolle des ieleferanten von Weizen und von Sündenböcken, nd nur China spielt eine eindeutige, wenn auch leine Rolle.

Das Beispiel eines andern Schauplatzes: Wie verält sich die sino-sowjetische Komponente in der raelisch-arabischen Konfrontation? China unterützt den Gedanken einer völligen Liquidierung raelis. Die Sowjetunion tut das nicht, setzt aber

die Araber instand, genau das zu drohen. Damit wird sie zur Protektions- und Kontrollmacht der arabischen Länder. Damit aber, dass sie mit der Vollstreckung des Urteils zurückhält, lässt sie sich die Nützlichkeit ihrer Protektion auch von jenen bescheinigen, denen es um die Bewahrung Israels geht. So «rettet» die UdSSR Israel vor einer Gefahr, die es ohne UdSSR gar nicht geben würde. Und sichert sich mittlerweile die Herrschaft über einen weiteren beträchtlichen Teil unserer Erde.

Der vermeintlich chinesische Aspekt der Neuen Linken

Das chinesische Image in unserer westlichen Industriegesellschaft wird mitgeprägt von der «chinesischen» Komponente jener revolutionären Bewegungen, die man zusammengefasst Neue Linke nennt. Das lässt uns die chinesische Gefahr um so virulenter erscheinen.

Aber hier kommt die grosse Verwechslung. Die «chinesische» Komponente im stürmischen Treiben unserer Länder ist als Alternative zu unserer Industriegesellschaft hier ein Kind unserer Industriegesellschaft. Sie ist eine westliche Gefahr und nicht eine chinesische. Es wäre denkbar, dass diese Bewegung hier siegte, während gleichzeitig das chinesische Reich zusammenbräche. Es wäre denkbar, dass diese Bewegung hier zusammenfiere, während gleichzeitig China ganz Asien eroberte. Der Export des maoistischen Gedankengutes (ganz abgesehen von der Frage, in welcher Echtheit oder Verfälschung es hier

eintrifft), steht höchstens in einem lockeren und allein schon mit der geographischen Distanz rasch schwindenden Zusammenhang mit der Macht der chinesischen Nation. Wenn also von unserem westlichen Verhalten gegenüber dieser chinesischen Nation die Rede sein soll, darf man sich von den wirklichen oder vermeintlichen Sinismen unserer hiesigen Revolutionäre nicht zu sehr beeinflussen lassen.

Zu diesem Thema ist noch ein Hinweis vonnöten. Die gleiche Logik lässt sich, ganz bestimmt jedenfalls in Europa, nicht auf die Sowjetunion anwenden. Gesetz den Fall, dass sogar eine erklärt antisowjetische Neue Linke (so anti-sowjetisch wie viele meinen, ist sie übrigens gar nicht) unsere Gesellschaft entscheidend schwächen sollte, wird die Sowjetunion als nationale Macht und Grossmacht mit Sicherheit davon profitieren. Die europäischen Machtverhältnisse prädestinieren sie zum Erben einer hiesigen Revolution, ob diese von ihren Verfechtern nun so gemeint war oder nicht.

Gleichgewichtspolitik mit Fragezeichen

Das westliche Verhalten gegenüber den verfeindeten Grossmächten China und Sowjetunion ist eine Frage der Prioritäten. Für uns wünschbar ist eine Gleichgewichtslage, und dementsprechend sind wir an einer Korrektur von Uebergewichten interessiert. Das Uebergewicht hat heute die Sowjetunion.

Wie steht es aber mit der Ueberlegung, dass wir es mit unseren Gleichgewichtsübungen höchstens

fertig bringen würden, dem kommunistischen Lager insgesamt zu helfen, zumal ja nicht gesagt ist, dass die sino-sowjetische Feindschaft ewiger Art ist?

Hierzu erst einmal eine Ueberlegung zum gegenwärtigen westlichen Verhalten: Wenn wir das kommunistische Lager als eine summierte gesamthafte Bedrohung verstehen, tragen dann etwa die jetzigen laufenden Avancen gegenüber Moskau nicht auch zu ihrer Verstärkung bei?

Andererseits: Die Wahrscheinlichkeit einer sino-sowjetischen Einheitsfront ist dann am grössten, wenn sie vom stärkeren der beiden Partner in seinem Sinne erzwungen werden kann. Soweit es in unseren Kräften liegt, müssen wir mithelfen, diese Entwicklung zu verhindern, gerade weil wir die Chancen eines Zusammenschlusses damit vermindern.

Im sino-sowjetischen Konflikt ist heute eine Beruhigung an den Grenzen eingetreten. Sie ist im Auf und Ab der Ereignisse grundsätzlich nicht überraschender als eine Verschärfung der Situation. Alles in allem aber ist es eigentlich erstaunlich, wie viele «Bewährungsproben» die Feindschaft zwischen China und der UdSSR überstanden hat.

Die Sowjetunion hat ihren von Peking damals beanstandeten «Revisionismus» zurückgenommen und ist zum Stalinismus zurückgekehrt, ganz wie die KPCh es damals empfahl. Aber Peking hat sie nicht etwa um so viel besser empfunden, ganz im Gegenteil. In dem Ausmass, da Moskau stalinistischer wurde, nannte Peking es zu allen früheren Vorwürfen hinzu noch faschistisch und imperialistisch. Was übrigens auch wahr ist, aber darum geht es nicht. Es geht darum, dass die seinerzeitigen ideologischen Begründungen für den Bruch nicht stichhaltig waren, so unerlässlich sie für Gesellschaftsformen bleiben, die sich selbst als Realisierung einer Ideologie verstehen.

Der gemeinsame Glaube hat die christlichen Könige des Mittelalters nie daran gehindert, einander zu bekriegen, wenn ihre Machtinteressen es erheischten. Dank ihrer stetigen Be-

rufung auf ihr gleiches Gottesgnadentum führten sie sogar häufiger untereinander Krieg, als es die ungläubigen Römer getan hatten, die sich mehr auf die Staatsräson stützten. Der gemeinsame Glaube kann bei unterschiedlichen Machtinteressen durchaus das Trennende noch betonen, statt es zu übertünchen, weil der Hass auf den Häretiker, den Abtrünnigen, den Lästlerer als zusätzliches Handlungsmotiv allein dem Gläubigen zukommt, während ein Agnostiker wenigstens davor verschont ist. Dass der Sozialismus den Frieden unter den Menschen garantiert, ist ein kommunistischer Mythos. Warum sind wir eigentlich so geneigt, ihn zu übernehmen?

Aber wieder ganz konkret: China ist die einzige Macht der heutigen Welt, die auf militante Art antisowjetisch eingestellt ist. Trotz seiner Unterlegenheit die einzige Macht, die Moskau ausserhalb der sowjetischen Grenzen Sorgen zu machen braucht. Wenn wir schon selber zu feige sind, um der Sowjetunion Widerstand zu leisten, sollten wir nicht wenigstens jene gewähren lassen, die es nicht sind?

Unser PRESSE-Kommentar

Die Geschichte der deutschen Bundeswehrbalone (siehe «Aus dem SOI», S. 12), die westliche Literatur in die DDR schmuggelten, wo die Zensur sonst die Lektüre unliebsamer Schriften verhindert, hat mich an eine Aeusserung von Roman Brodmann erinnert, die vor bald zwei Monaten in der «National-Zeitung» erschien.

Roman Brodmann also, dieser bekannte Schriftsteller und Kommentator, bezeichnete dort sämtliche Gesellschaftsordnungen mit Ausnahme der bürgerlichen Gesellschaftsordnung als faschistisch.

Diese Feststellung erinnert für den heutigen Zeitgeschmack vielleicht ein bisschen gar sehr an kalten Krieg, aber sie hat etwas für sich. Im

Interesse ihres Wahrheitsgehaltes wird man sie Roman Brodmann nachsehen dürfen, wenn sich auch seine Schlussfolgerungen etwas summarisch ausnehmen.

Denn ja, um Schlussfolgerungen handelt es sich, wiewohl sie inhaltlich zwingend sind. Ein guter Schriftsteller drängt dem Leser nicht einfach seine Meinung auf, sondern lässt ihn auch mitdenken. So wählt Brodmann für seine Behauptung über den faschistischen Charakter aller nicht-bourgeoisien Gesellschaftsformen die Beweisführung mittels eines kleinen Umwegs, aber sie ist dennoch wohlgeraten und lückenlos.

Er habe etwas Mühe gehabt, gesteht Brodmann, einen deutschen Journalisten davon zu überzeugen, dass die Schweiz nicht faschistisch sei. Jener berief sich nämlich auf den (im Zusammenhang mit der Verfassungsreform geäusserten) Wunsch der Luzerner Regierung nach staatlich gelenkten Massenmedien, kontrollierter Presse, Verzicht auf den Pressefreiheit-Artikel usw. Brodmann antwortete dem Kollegen, dass Luzern nicht die Schweiz sei, aber am faschistischen Charakter der Luzerner Regierungsäusserung gab es offenbar doch nichts zu rütteln.

Staatlich gelenkte Massenmedien, kontrollierte Presse, Verzicht auf den Pressefreiheit-Artikel, das ist nun einmal Faschismus.

Und eben hier hat Brodmanns schriftstellerische Kunst die Leser so zwingend zur oben ausgesprochenen Schlussfolgerung geführt, dass er es gar nicht für nötig hielt, sie selber auszusprechen.

Denn staatlich gelenkte Massenmedien, kontrollierte Presse, Verzicht auf Pressefreiheit-Garantie, das ist überall die banalste Selbstverständlichkeit mit Ausnahme unserer eigenen bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Die sozialistischen Staaten beispielsweise handhaben das schon immer so; deshalb sind sie auch allesamt faschistisch. Und nur bei uns, in der bürgerlichen Gesellschaftsform, kann der Faschismus eine Gefahr sein, denn in allen andern Gesellschaftsformen ist er tatsächlich schon verwirklicht.

Das hat Brodmann mit seinem Beitrag gesagt. Man schuldet ihm Dank dafür. cb

Im Verlag SOI erschien 1967 das Buch «Kampf des Glaubens». Es enthält Dokumente über den Kampf der Kirche in der Sowjetunion, die wir auf Umwegen von Anatoly Levitin aus Moskau erhalten haben. Unter ihnen befindet sich auch ein Protokoll seines Verhörs durch den Staatssicherheitsdienst (KGB).

Ende September ist Anatoly Levitin in Moskau durch den KGB verhaftet worden. Es stehen dem mutigen Kämpfer für die Glaubensfreiheit schwere Zeiten bevor. Hinter den sachlich-trockenen Zeitungsnachrichten kann sich das tragische Schicksal eines Menschen nur allzu leicht verbergen. Die Schatten werden länger.